

Ein Sieg der Menschlichkeit?

Der „Hessische Aktionstag“ am 26. April in Bad Schwalbach ist vom zuständigen Jobcenter abgesagt worden. Natürlich ist dies ein Erfolg für alle Organisationen und Einzelpersonen, die sich vehement gegen diese moderne Form des Sklavenhandels ausgesprochen haben. Dieser koordinierte Zusammenhalt macht Mut für die Zukunft.

Doch ist das Jobcenter Bad Schwalbach selbst zu der Einsicht gelangt, dass mit dieser Veranstaltung alle Dämme in Bezug auf eine menschenwürdige Behandlung seiner Arbeit suchenden Kunden gebrochen wären? Kam es gar zu einer Aufwallung von Respekt und Mitmenschlichkeit?

Nein, leider nicht. Letztlich hat die Absage der letzten noch verbliebenen Zeitarbeitsfirmen die grundsätzliche Logistik dieser Veranstaltung torpediert. Die Fitness-Gurus von der Uni Frankfurt waren von Beginn an nur schmückendes und instrumentalisiertes Beiwerk. Die verantwortlichen „Macher“ werden ihre Lehren aus diesem Flop ziehen und bei nächster Gelegenheit erheblich subtiler vorgehen, um ihre Ziele (Niedriglohn-Jobs und Sanktionen) durchzusetzen.

Bedauerlich und moralisch diffizil ist die Rolle der Fall-Manager. Unter ihnen mag es manche geben, die innerlich eher auf der Seite ihrer bemitleidenswerten Kunden stehen. Doch auch ihnen droht der Verlust des Arbeitsplatzes, wenn sie nicht mit der durch die Dienstanweisungen definierten Härte durchgreifen. Zwar ist das dann nicht mehr das Hartz 4-Gesetz, das der Legislative einmal vorschwebte – aber der Zweck (Kosteneinsparung) heiligt schließlich die Mittel.

Hier wäre ganz eindeutig Zivilcourage gefragt, die französische Arbeitsberater schon vor einiger Zeit zum Ausdruck gebracht haben. Hierzu eine Erklärung der entsprechenden Gewerkschaft in übersetzter Form:

Die Würde des Menschen ist unantastbar oder: Wie in Frankreich das Deutsche Grundgesetz beachtet wird

Erklärung zur beruflichen und bürgerlichen Ethik von Sud ANPE (Gewerkschaft in der Agentur für Arbeit in Frankreich):

„Unsere Aufgabe ist es vor allem, den Arbeitsuchenden zu helfen eine Beschäftigung zu finden, denn das erwarten die Arbeitsuchenden von uns. Aber es gibt einfach keine Arbeit für alle. Die Zunahme von Gesprächen, die ständigen Aufforderungen zum Besuch der Agentur wird keine Arbeit schaffen, sondern erhöhen nur das Risiko für die Arbeitsuchenden, gezwungen, schikaniert und abgestraft zu werden.

Wir, die Beschäftigten der ANPE, erklären, dass wir auf keine Weise Menschen schaden wollen, die schon durch den Verlust der Beschäftigung und des Einkommens verletzt sind.

Wir verweigern uns sie auszugrenzen und wir werden keine Streichungen mehr durchführen, ohne vorher die moralischen und menschlichen Folgen mit zu beachten. Wir schlagen Angebote vor, wir zwingen aber Angebote nicht auf. Wir werden die Arbeitsuchenden nicht zwangsweise in Denkschubladen staatlicher Vorgaben stecken. Wir erpressen sie auch nicht mit Streichung. Wir verweigern uns auch, der Wut der Arbeitsuchenden ausgesetzt zu werden. Wir verweigern uns, eine soziale Polizei zu sein, angewiesen zur Unterdrückung, anstatt als öffentlicher Ratgeber für Beschäftigung agieren zu können.

Weder Arbeitsuchende noch Beschäftigte der ANPE sind verantwortlich für den Zustand des Arbeitsmarktes und für die wachsende Prekarisierung. Wir sind mit den Arbeitsuchenden solidarisch.

Wir weigern uns, falsche Zahlen, unlautere Angebote und leere Unterhaltungen zu produzieren und wir werden unsere beruflichen Praktiken dazu einsetzen, den Nutzern unserer Dienste zu helfen, im vollen Respekt ihrer bürgerlichen Rechte."

Wir fordern ein vollständiges Umdenken auch der deutschen Arbeitsberater und Fall-Manager unter Einbeziehung der realistischen Arbeitsmarktzahlen. Wir fordern eine Konzentration auf die Arbeitsvermittlung, nicht auf den bisherigen Schwerpunkt "Sanktionsverhängung". Wir fordern die Einhaltung der Menschenrechte und des Grundgesetzes zum Wohl der Arbeitssuchenden und zum Vorteil des sozialen Klimas in Deutschland.

Michael Passlack (u. a. Betroffener) + Rainer W. Manzheimer (Vorsitzender)

Initiative für soziale Gerechtigkeit e.V., Wiesbaden

www.initiative-fuer-soziale-gerechtigkeit.de | eMail: i.f.s.g@gmx.de